

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Hansgeorg Hermann
19.11.2021

»Brot, Bildung und Freiheit«

Griechische Studenten klagen am Gedenktage des Aufstands die rechte Regierung Mitsotakis an



REUTERS/Costas Baltas

»Antiimperialistischer Marsch«: Mit roten Flaggen protestieren die Demonstranten am Mittwoch in Athen

Den 48. Jahrestag des Aufstands gegen die Militärdiktatur am 17. November 1973 nutzten Griechenlands Studenten am Mittwoch in Athen, Thessaloniki und in anderen Universitätsstädten zur Abrechnung mit der rechten Regierung des aktuellen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis. Während der weitgehend friedlichen Erinnerungsveranstaltungen und des traditionellen »Antiimperialistischen Marsches« zur US-Botschaft in Athen beschuldigten sie Mitsotakis auf Spruchbändern und in öffentlichen Vorträgen, seit Juli 2019 sein restriktives innenpolitisches Programm »Hand in Hand« mit bekannten Führern faschistischer Bewegungen und Parteien umzusetzen. Die Studenten sperren am Mittwoch morgen den Eingang zum Polytechnion, dem Symbol der

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Studentenrevolte, und verweigerten Abgeordneten der Regierungspartei Nea Dimokratia (ND) den Zugang zu der Gedenkstätte im Vorhof des Gebäudes.

Zurückgewiesen wurden unter anderen der Vizepräsident des griechischen Parlaments, der ND-Abgeordnete Charalambos Athanasiou, und sein Kollege Haris Theoharis. Während die ND-Oberen Athanasiou als Repräsentanten der Bouli, des Parlaments, zum Polytechnion geschickt hatten, sollte Theoharis die Fraktion der Regierungspartei vertreten. Beide wurden von einem Kordon wütender Hochschüler empfangen, ihre mitgebrachten Kränze mit den Farben der Partei wurden auf die Straße geworfen.

Ohne Probleme passierte dagegen die – parteilose – Staatspräsidentin Katerina Sakellariopoulou die alten eisernen Tore des Polytechnions, die 1973 von Panzern der Junta niedergewalzt worden waren und die protestierenden Studenten unter sich begraben hatten. Die frühere Richterin des Areopag, des obersten griechischen Gerichts, erinnerte die Regierenden an »die Schuld, die wir gegenüber unserer Jugend einlösen müssen«. Parlament, Regierung und Volk müssten deren »Erwartungen an eine bessere Zukunft unterstützen« und für »eine offene Gesellschaft« sorgen, »die uns alle einschließt«. In Folge der andauernden sogenannten Finanzkrise, in der die EU-Kommission dem Land eine harte Kürzungspolitik aufzwang und bis heute den Staatshaushalt überwacht, verließen rund 600.000 junge Griechen ihre Heimat.

Friedlich ging es bis zum Abend schließlich vor allem deshalb zu, weil die Studentenorganisationen »in der mit 6.000 Polizisten bis an die Zähne bewaffneten Hauptstadt«, wie die Tageszeitung *Efimerida ton Syntakton* die Lage in ihrer Onlineausgabe kommentierte, schon in den Tagen zuvor für gewaltlosen Protest geworben hatten. Die gezielte Provokation der Staatsmacht, die in erster Linie von der politischen Linken organisierten Gedenkfeiern – an erster Stelle von der Kommunistischen Partei KKE sowie ihrer Jugend und dem Studentenverband KNE – mit einer Armee aus Polizisten, schwer bewaffneten Spezialeinheiten und Beamten der Geheimdienste zu kontrollieren und einzurahmen, verpuffte in diesem Jahr nahezu wirkungslos.

Alexis Tsipras, Chef der Oppositionspartei Syriza und Mitsotakis' Vorgänger als Ministerpräsident, und der Generalsekretär der KKE, Dimitris Koutsoumbas, ließen in ihren offiziellen Erklärungen zum »17. November« ihrem Zorn freien Lauf. Mitsotakis und seine faschistischen Kabinettsmitglieder – der frühere Gesundheitsminister Mavroudis

»Makis« Voridis, sein aktueller Nachfolger Athanasios Plevris und Entwicklungsminister Adonis Georgiadis – hätten dem Volk nicht die versprochene« offene Gesellschaft »und eine der Freiheit aller Griechen verpflichtete Demokratie gebracht, sondern ließen – wie zu Zeiten der Militärdiktatur – erneut »das Volk durch die Geheimdienste beobachten«.

Dem Aufruf zum »Antiimperialistischen Marsch« gegen die US-Botschaft waren in Athen nach Schätzung der Veranstalter rund 20.000 junge Menschen gefolgt. Zu Demonstrationen zu Ehren der Opfer der Diktatur und der Solidarität mit Studenten und Schülern – deren Organisationen hatten auf ihren Spruchbändern »Brot, Bildung und Freiheit« gefordert – kam es auch in den griechischen Universitätsstädten Thessaloniki, Patras, Heraklion, Ioannina und Chania.

Junge Welt 18.11.2021